

MAcHtMUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN



MAHMUT ÖZDEMİR
IHR BUNDESTAGSABGEORDNETER



Nr. 12 - April 2018

■ **Grußwort des Herausgebers**
Seite 2

■ **SPD übernimmt Verantwortung**
Seite 3

■ **Urwahl zum SPD-Parteivor-
sitz? Drei Fragezeichen.**
Seite 4

■ **Acht Fragen an Bruno
Sagurna**
Seite 5

■ **Übersicht: Treffen mit Inte-
ressenvertretern**
Seite 7

■ **Namentliche Abstimmungen**
Seite 8

■ **Pressemitteilungen**
Seite 10

■ **Özdemir on Tour**
Seite 17

■ **Duisburg in Berlin – Bericht
von unserer Fahrt**
Seite 21

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**
Mahmut Özdemir, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Mahmut Özdemir, MdB bei der Podiumsdiskussion „metals meets politics“ am 28.03.18 in Berlin (Foto: Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V.)



Nr. 12 - April 2018

MEINE MAChtmUT



Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD-Mitglieder haben mit 66,02 Prozent der Stimmen „Ja“ zum gemeinsam ausgehandelten Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD gesagt. Mit der Wahl Angela Merkels zur erneuten Bundeskanzlerin am 14. März 2018 ist die Große Koalition für eine weitere Legislaturperiode beschlossen. Damit ist das Ringen um eine neue Bundesregierung nach langen sechs Monaten zwar beendet, nicht aber die damit verknüpften Erwartungen und die zu Recht nicht seltenen skeptischen Bemerkungen. Die Dauer der Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen hat gezeigt, dass die Führungsstärke von Angela Merkel gelitten hat.

Was die SPD nun leisten muss, ist eine strukturelle und inhaltliche Erneuerung im laufenden Regierungsgeschäft – eine Mammutaufgabe, die aber dringend notwendige ist, um auch die 33,98 Prozent der Genossinnen und Genossen einzubinden, die sich gegen eine Neuauflage der GroKo und damit gegen ein „Weiter so“ ausgesprochen haben. Wie nicht zuletzt die öffentlichkeitswirksame No-GroKo-Kampagne der Jusos um den Bundesvorsitzenden sehr deutlich bewiesen hat, gibt es viel Redebedarf innerhalb der Partei. Und dieser Redebedarf muss sich nun Bahnen brechen können und darf nicht abgewürgt werden. Ich empfinde

dieses gelebte Bedürfnis nach Mitsprache und Mitbestimmung als ein durchaus positives Zeichen: Die SPD-Mitglieder suchen die Debatte über eine generelle parteiliche Neuausrichtung – eine Debatte, die vielleicht viel zu lange nicht geführt worden ist.

Viele Köpfe wurden seither ausgetauscht und diverse Positionen neu besetzt, um genau diesen Neuanfang zu signalisieren; dies sollte aber kein Selbstzweck sein. Nicht zuletzt werden die Delegierten beim kommenden SPD-Sonderparteitag in Wiesbaden einen neuen Parteivorsitz wählen. Zum Vergleich: In der Ära Merkel ist dies nun der oder die achte SPD-Parteivorsitzende.

Was sagt uns das? Einzig das Personenkarussell zu betätigen, reicht bei weitem nicht aus, um eine tiefgehende Veränderung innerhalb der Partei herbeizuführen. Die inhaltliche Ausrichtung ist es, die für die Sozialdemokratie in der nahen Zukunft prioritär sein muss, gerade weil der gemeinsame Regierungsauftrag mit der Union eine Abgrenzung der Parteien für die Bürgerinnen und Bürger erschwert.

Die SPD braucht eine klare sozialdemokratische Handschrift, ihr Fokus müssen sozialdemokratische Kernthemen sein.

Zusätzlich steht die SPD vor der Herausforderung, den Austausch und die Abstimmung zwischen Parteibasis und -spitze wieder deutlich zu verbessern. Ein Teil des Unmuts innerhalb der Partei rührt daher, dass die Parteispitze Entscheidungen nicht umfassend erklärt und kommuniziert und dabei im schlechtesten Fall gegen die Auffassung der eigenen Basis agiert.

Hier muss ein Umdenken stattfinden. Eine Möglichkeit, parteinterne Entscheidungen wieder zurück in die Hände der Mitglieder zu legen, könnte eine Urwahl für die Abstimmung zum Parteivorsitz sein. Ob und inwieweit sich eine solche basisdemokratische Wahl des Parteivorsitzes umsetzen lässt, bleibt abzuwarten und wird auch in dieser Ausgabe vom SPD-Bundesschatzmeister und MdB Dietmar Nietan diskutiert.

Letztlich aber bleibt für mich besonders wichtig, dass wir als *eine* Partei zusammenstehen und für die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben an einem Strang ziehen. Denn nur so wird diese Zeit des Umbruchs und der Erneuerung eine gewinnbringende Zeit für die Sozialdemokratie werden.

Herzlichst

Mahmut Özdemir, MdB



SPD übernimmt Verantwortung

Gastbeitrag von Michael Groschek, Landesvorsitzender NRWSPD



Michael Groschek, Landesvorsitzender der NRWSPD (Foto: NRWSPD)

Am 4. März 2018 hat eine überzeugte und überzeugende Mehrheit der SPD-Mitglieder für den Koalitionsvertrag gestimmt. Damit wird die SPD auch in dieser Legislaturperiode Regierungsverantwortung übernehmen, die auf einem Koalitionsvertrag mit einer klaren sozialdemokratischen Handschrift aufbaut. Aus Nordrhein-Westfalen sind außerdem Svenja Schulze als Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sowie Michelle Müntefering im Auswärtigen Amt als Staatsministerin für Kulturpolitik und Kerstin Griese als parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium

für Arbeit und Soziales vertreten. Mit diesen Personalentscheidungen haben wir aus Nordrhein-Westfalen einen Beitrag zu einer neuen, jüngeren und weiblicheren SPD-Regierungsmannschaft geleistet. Dieses Team wird durch gutes Regierungshandeln den Anspruch und das Ziel verfolgen, bei der nächsten Bundestagswahl um die deutsche Meisterschaft zu spielen.

Im Vorfeld des Mitgliederentscheids hat eine lebendige, offene und faire Debatte innerhalb unserer Partei stattgefunden. Diese Debatte war nicht nur notwendig, sie war beispielhaft für eine lebhaft innerparteiliche Demokratie. Wir können selbstbewusst sagen: Die SPD hat gezeigt, dass Parteien der Ort kontroverser Debatten sein können und sachlich ausgetragene Diskussionen unsere Demokratie stärken.

Jetzt geht es darum, sich auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu konzentrieren und den internen Erneuerungsprozess unserer Partei voranzutreiben. Inhaltlich, personell und organisatorisch

braucht die SPD frischen Wind. Erneuerung braucht einen verlässlichen Fahrplan mit konkreten Schritten. Auf Bundesebene wird der nächste Schritt ein gelingender Bundesparteitag am 22. April 2018 in Wiesbaden sein. In Nordrhein-Westfalen hat der Landesvorstand bereits vier Arbeitsgruppen eingesetzt, die am Erneuerungsprozess arbeiten: Die Arbeitsgruppen Kommunalkampa, Digitale Partei, Innere Organisation und Personelle Entwicklung werden auf dem Landesparteitag am 23. Juni 2018 in Bochum den Arbeitsstand präsentieren und der weitere Fahrplan zur Parteierneuerung wird vorgestellt.

Der Erneuerungsprozess unserer Partei liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung. Wir alle sind gefragt, uns an diesem Prozess zu beteiligen, Ideen einzubringen, sie mit Leben zu füllen und in die Tat umzusetzen. Darum gilt für uns: Packen wir's gemeinsam an!



Urwahl zum SPD-Parteivorsitz? Drei Fragezeichen.

Gastbeitrag von Dietmar Nietan, MdB und SPD-Bundesschatzmeister



Dietmar Nietan, MdB (Foto: Susie Knoll)

Dass wir in der SPD eine lebendige, innerparteiliche Demokratie pflegen, hat nicht zuletzt das Mitgliedervotum über unser Eintreten in die Große Koalition bewiesen. Ist es nicht erstrebenswert, auch weitere wichtige Entscheidungen basisdemokratisch zu treffen? Eine der reizvollsten Ideen ist zweifellos die Urwahl des oder der Parteivorsitzenden. Deshalb haben wir auf unserem letzten ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017 einen Beschluss zur Parteienneuerung gefasst, der ausdrücklich auch eine Beschäftigung mit dieser Frage vorsieht.

Ich bin offen für diese Diskussion. Ein/e direkt gewählte/r Parteivorsitzende/r wäre eine deutliche Bejahung der Tatsache, dass selbstverständlich weder Parteivorstand noch Ministerien, sondern unsere Basis die tragende Säule der SPD ist.

Und viele argumentieren, dass es dann keine Vorentscheidungen in einem kleinen Kreis geben könnte, die für das einzelne Mitglied nicht transparent sind. Das alles klingt zunächst einmal gut. Aber trotzdem kommen mir dabei auch drei große Fragezeichen in den Sinn.

? Wird der oder die Parteivorsitzende zu mächtig?

Bis jetzt ist die oder der Parteivorsitzende primus inter pares. Und das ist auch gut so. Eine Urwahl würde ihr oder ihm das Maximum an Repräsentanz verleihen, birgt aber auch das Risiko eines inneren Ungleichgewichtes. Könnte sie/er als „primus sine pares“ dann durchgreifen, mit Berufung auf den Willen der Basis? Denn der Rest des Vorstandes hätte ja viel weniger innerparteiliche Legitimität. Oder wir müssten auch Generalsekretär/in, Schatzmeister/in und am besten den ganzen Vorstand per Urwahl bestimmen? Das ist allerdings kaum praktikabel.

? Gibt es gleiche Ausgangsbedingungen für alle?

Um für sich an der Basis zu werben, bräuchten die Kandidaten/innen einer Urwahl natürlich personelle Ressourcen und finanzielle Mittel. Wie könnte sichergestellt werden, dass hier

gleiche Startbedingungen herrschen? Das Szenario amerikanischer Vorwahlkämpfe, bei denen Millionen im Rücken für die Werbekampagne durchaus hilfreich sind, finde ich für uns eher beängstigend.

? Brauchen wir noch Delegierte und Parteitage?

Oder um anders zu fragen: Wie undemokratisch sind eigentlich 600 von der Basis (bei uns in NRW von den Unterbezirken) gewählte Delegierte? Es ist ja nicht so, dass bei der SPD keine Gegenstimmen erlaubt wären, oder es um Ämter nicht auch Kampfkandidaturen auf einem Parteitag geben könnte. Wie viele Personal- und Sachfragen können wir in teuren Mitgliedervoten klären, ohne dass wir in Gefahr laufen, unsere Parteitage nach und nach zu reinen Inszenierungen ohne maßgebliche Entscheidungen zu degradieren?

Wie gesagt, die Idee der Urwahl hat großen Charme. Aber daraus entsteht, vielleicht erst auf den zweiten Blick, eine ganze Menge an Fragezeichen. Und da die Welt nie schwarz oder weiß ist, müssen wir diese Fragen in einer sachlichen Debatte klären, die nicht von Misstrauen, sondern von Zuversicht geprägt sein sollte.



Acht Fragen an Bruno Sagurna, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion in Duisburg

Interview geführt von Lisa Brose, persönliche Referentin im Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir, MdB



Bruno Sagurna, SPD-Ratsfraktionsvorsitzender in Duisburg
(Foto: SPD-Ratsfraktion)

Wie bist Du in die Politik und zur SPD gekommen?

Ich war schon vorher gewerkschaftlich organisiert und wollte auch politisch aktiv gestalten. Da kam für mich nur die SPD in Frage. Mit ihren Werten und vor allem mit dem Ziel, für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu sorgen, konnte und kann ich mich bis heute voll und ganz identifizieren. Als ich dann in diese Partei eingetreten bin, habe ich nette und offene Menschen kennengelernt, so dass ich mich gerne im Ortsverein Meiderich engagiert habe. Stück für Stück habe ich dann mehr Verantwortung übernommen.

Was sind die größten kommunalpolitischen Herausforderungen für Duisburg in den nächsten Jahren?

Wir müssen den sozialen Zusammenhalt stärken und Duisburg gut für die Zukunft aufstellen. Ziel ist es, dass Investitionen in die Infrastruktur, wie Gebäude, Verkehrswege und Parks sowie die verschiedenen Maßnahmen zur Aufwertung der Stadtteile allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen.

In Duisburg bewegt sich viel, die Stadt könnte mit ihren Stärken aber viel mehr in die Offensive gehen. Vorhandene Gelder zur Modernisierung der Duisburger Schulen müssen zielgerichtet und schnell abgearbeitet werden. Investitionen in Bildung schaffen Zukunft. Wir brauchen zudem weitere Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung. Der Hafen mit der neuen Seidenstraße nach China, die Logistikbranche und die Universität können Motoren des Aufschwungs und für neue Arbeitsplätze sein. Hier gilt es wirtschaftliche und umweltpolitische Interessen für eine lebenswerte Stadt in Einklang zu bringen. Wir wollen uns als attraktiver Wohnstandort mit neuen Quartieren und einem qualitativen und bezahlbaren Wohnangebot positionieren. Als

„Smart City“ wollen wir die Potentiale der Digitalisierung herausstellen. Entbürokratisierung, mehr digitalisierte und noch bürgernähere Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden das Ziel sein.

Die Themen „Sicherheit und Sauberkeit“ spielen in meinen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern oft eine große Rolle. Wir brauchen ein hartes, konsequentes Durchgreifen gegen Kriminalität aller Art und auch gegen Umwelt- und Müllsünder. Die „Task-Force“ gegen „Schrott-Immobilien“, Schwerpunkt-Kontrollen durch den kommunalen Ordnungsdienst und das „48-Stunden-Dreckweg-Versprechen“ des Oberbürgermeisters sind wichtige Bausteine für ein gutes Wohnumfeld.

Treffend heißt es außerdem „ohne Moos nix los“. Deshalb bleiben solide Finanzen und eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen unabdingbar. Die Übertragung von staatlichen Aufgaben durch Land und Bund ohne Gegenfinanzierung darf es nicht geben. Wir brauchen außerdem Unterstützung beim Abbau der hohen Altschulden, weil die Kommunen das alleine nicht stemmen können.



Für welche Ziele möchtest Du Dich als Fraktionsvorsitzender ganz besonders einsetzen?

Als Vorsitzender der SPD-Fraktion liegt mir die Weiterentwicklung der gesamten Stadt am Herzen. Wir brauchen gute Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze, eine vernünftige Bildungsinfrastruktur und solide städtische Finanzen. Diese Dinge sind elementar für die Zukunft der Stadt. Daneben ist die Beibehaltung oder der Ausbau sozialer, sportlicher und kultureller Leistungen wichtig, wo immer es möglich ist. Der kostenlose Büchereiausweis oder die kostenlose Vereinsmitgliedschaft für Grundschulkinder sind kleine Projekte, aber gute Beispiele, die den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir wollen Duisburg noch besser machen – das können wir nur gemeinsam mit allen Duisburgerinnen und Duisburgern.

Eine „GroKo“ in der Ratsfraktion der Stadt Duisburg, ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister und eine schwarz-gelbe NRW-Landesregierung: Wie beeinflussen diese Mehrheitsverhältnisse Deine Arbeit als Fraktionschef?

Unser Oberbürgermeister Sören Link leistet hervorragende Arbeit und wir unterstützen seinen Weg zur Modernisierung Duisburgs. Die guten Ergebnisse der

letzten Jahre haben die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Votum bei der OB-Wahl eindrucksvoll bestätigt.

Meine Richtschnur ist, dass man unter den demokratischen Parteien immer gesprächsbereit sein sollte. Ich kenne aus meiner langjährigen politischen Tätigkeit die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern. Wir haben hier in Duisburg gute Erfahrungen gemacht, die großen Themen der Stadt auch mit großer Mehrheit zu beschließen. Wir werden den Weg weitergehen, seriöse und verlässliche Politik zu machen.

Sorgen macht mir, dass sich die aktuelle Landesregierung vor allem um die Interessen des ländlichen Raums kümmert, aber die Ruhrgebietsstädte links liegen lässt. Sie vergisst dabei, dass hier die meisten Menschen leben und es besondere Herausforderungen gibt, die entsprechend bearbeitet werden müssen. Darauf müssen wir mit starker Stimme gemeinsam aus dem Ruhrgebiet immer wieder aufmerksam machen.

Inwieweit machen sich die bundespolitischen Entwicklungen innerhalb der SPD vor Ort bemerkbar?

Die langwierige Regierungsbildung in Berlin und die Frage, ob die SPD in eine Große Koalition eintritt, wurden vor Ort intensiv diskutiert. Natürlich beeinflusst

das Erscheinungsbild der Gesamtpartei auch die lokale Ebene. Jetzt hoffe ich, dass sich die Bundespartei auf das Wesentliche konzentriert und der Koalitionsvertrag schnell umgesetzt wird. Denn darin befinden sich viele SPD-Forderungen, die auch gut für Duisburg sind. Wichtig wird es sein, die Erfolge der Regierungspolitik künftig besser zu verkaufen als in der Vergangenheit.

Wie bewertest Du den Ausgang des Mitgliederentscheids?

Es hat eine sehr gute, sachlich geführte Debatte um die Vor- und Nachteile einer Regierungsbeteiligung gegeben mit einem demokratischen Votum am Ende. Diese lebendige Debattekultur ist ein starkes Plus der Sozialdemokratie. Der Mitgliederentscheid hat ein klares Ergebnis hervorgebracht. Jetzt geht es darum, dass wir uns geschlossen hinter dieser Position vereinen und das Beste für das Land und die Menschen erreichen.

Was erhoffst Du Dir vom Sonderparteitag der SPD in Wiesbaden?

Ein Signal des Aufbruchs und der Geschlossenheit. Die vielen Neumitglieder, die sich langfristig bei uns engagieren wollen, sind ein ermutigendes Signal. Wir müssen uns personell und inhaltlich gut aufstellen. Die Menschen erwarten zu Recht,



Nr. 12 - April 2018

MEINE MACHtMUT



dass wir „liefern“, Problemlöser sind und uns als Politik um die drängendsten Zukunftsfragen kümmern.

Wie gestaltest Du Dir abseits des politischen Alltags Deine Freizeit?

Meine Freizeit verbringe ich am liebsten im Landschaftspark

Nord und im MSV-Stadion. Darüber hinaus bin ich viel auf dem Fahrrad unterwegs, spiele Fußball und gehe gemeinsam mit meiner Frau angeln.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir, MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

23. November 2017	S.E. Herr Radi Naidenov, Botschafter der Republik Bulgarien
12. Dezember 2017	S.E. Ali Kemal Aydın, Botschafter der Republik Türkei
17. Dezember 2017	Andreas Lohmann, 1. Vorsitzender KC Rheintreue Homberg e.V.
19. Dezember 2017	Turgay Mert, 2. Vorsitzender TSV Bruchhausen
08. Januar 2018	Jennifer Jonczyk, Vorsitzende Jugendring Duisburg
23. Januar 2018	Astrid Stewin, Vorstandsvorsitzende Zoo Duisburg AG Achim Winkler, Direktor Zoo Duisburg AG Roland Edler, Delfintrainer Zoo Duisburg AG
05. Februar 2018	Dr. Sabine Maaßen, Mitglied des Vorstands und Arbeitsdirektorin thyssenkrupp Steel Europe AG Thomas Schlenz, Mitglied des Vorstands und Arbeitsdirektor a.D. thyssenkrupp Steel Europe AG Günter Back, Betriebsratsvorsitzender Tekin Nasikkol, Mitglied des Betriebsrats
15. Februar 2018	Thomas Meertz, AOK Regionalleiter, Regionaldirektion Duisburg – Oberhausen
16. Februar 2018	Hermann Poppen, Leiter Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Duisburg-Meiderich
26. Februar 2018	S. E. Emil Hurezeanu, Botschafter von Rumänien
26. März 2018	Dr. Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer Niederrheinische IHK Duisburg, Wesel, Kleve



Nr. 12 - April 2018

MEINE MAChtmUT



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

01.02.2018	Familiennachzug, Fraktion CDU/CSU Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU: Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten - Drucksachen 19/439, 19/586 und 19/595 -	Ja
01.02.2018	Familiennachzug, Fraktion AfD Gesetzentwurf der Fraktion der AfD: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes - Drucksachen 19/182, 19/586 und 19/595 -	Nein
01.02.2018	Familiennachzug, Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Gesetzentwurf der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes - Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten - Drucksachen 19/241, 19/586 und 19/595 -	Nein
22.02.2018	Verhalten der Bundesregierung im Fall Deniz Yücel Antrag der Fraktion der AfD Verhalten der Bundesregierung im Fall Deniz Yücel - Drucksache 19/846 -	Nein
16.03.2018	Einführung umfassender Grenzkontrollen Beschlussempfehlung des Innenausschusses (4. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gottfried Curio, Albrecht Glaser, Armin-Paulus Hampel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen - Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt - Drucksachen 19/41 und 19/862 -	Ja
22.03.2018	Bundeswehreinsetzung zur Stabilisierung Iraks Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks - Drucksachen 19/1093 und 19/1300 -	Ja



- 22.03.2018 Bundeswehreinsatz in Afghanistan (Resolute Support)**
 Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan
 - Drucksachen 19/1094 und 19/1301 -
- 22.03.2018 Bundeswehreinsatz im Mittelmeer (SEA GUARDIAN)**
 Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer
 - Drucksachen 19/1097 und 19/1302 -
- 22.03.2018 Bundeswehreinsatz in Südsudan (UNMISS)**
 Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2392 (2017) vom 14. Dezember 2017
 - Drucksachen 19/1095 und 19/1303 -
- 22.03.2018 Bundeswehreinsatz in Darfur (UNAMID)**
 Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolutionen, zuletzt 2363 (2017) vom 29. Juni 2017
 - Drucksachen 19/1096 und 19/1304 -

Ja

Ja

Ja

Ja



Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

Bas und Özdemir rufen zur Teilnahme am „Otto-Wels-Preis für Demokratie 2018“ auf

Duisburg, 20.12.17 – Die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir rufen zur Teilnahme am „Otto-Wels-Preis für Demokratie 2018“ auf. Mit dem Preis zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion Projekte und Initiativen aus, die sich für soziale Integration oder lebendiges Miteinander in den Stadtteilen einsetzen.

„Wir suchen Ideen und Konzepte, mit denen sich die Menschen in Duisburg für Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt in ihrem Umfeld engagieren“, sagen Bas und Özdemir. Die SPD-Abgeordneten sind überzeugt: „Viele Menschen setzen sich mit beeindruckendem Engagement für den Zusammenhalt in unserer Stadt

ein. Sie stärken die Solidarität und unsere Demokratie. Deshalb freuen wir uns über möglichst viele Bewerbungen aus Duisburg.“

Um den „Otto-Wels-Preis 2018“ können sich nicht-kommerzielle, gemeinnützige Initiativen, Vereine und Projekte bewerben, in denen bürgerschaftliches Engagement eine maßgebliche Rolle spielt. Die Wettbewerbsausschreibung und das Teilnahmeformular sind unter www.spd-fraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluss ist der 14. Februar 2018.

„Die Preisträgerinnen und Preisträger laden wir zur Preisverleihung nach Berlin ein“, kündigen

Bas und Özdemir an. Den ausgezeichneten Projekten winken Geldpreise, die von den SPD-Bundestagsabgeordneten gestiftet werden. Die Gewinner werden außerdem für den Deutschen Engagementpreis nominiert. Die SPD-Bundestagsfraktion verleiht den „Otto-Wels-Preis“ bereits zum sechsten Mal. Anliegen des Preises ist es, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachzuhalten und das gesellschaftliche Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen.



Arbeitsgespräch in Berlin: Mahmut Özdemir trifft rumänischen Botschafter

Duisburg, 18.01.18 – Am gestrigen Mittwoch (17.01.2018) trafen sich Seine Exzellenz der Botschafter von Rumänien, Emil Hurezeanu, und der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, zu einem gemeinsamen Austausch in Berlin.

Gegenstand des freundschaftlichen und vertrauensvollen Treffens war die Wohn- und Lebenssituation rumänischer Bürger in Duisburg. Viele von ihnen leben derzeit in schwierigen Verhältnissen, die geprägt sind von Isolation und fehlender Perspektive. Diese Ausgangslage führt in manchen Teilen der rumänischen Bevölkerung in Duisburg zu Konflikten mit dem Rechtsstaat und einem angespannten Verhältnis mit den Duisburgerinnen und Duisburgern. Um einer

Verstetigung dieser Problemlage vorzubeugen ist daher der partnerschaftliche und intensive Austausch mit der rumänischen Administration sowie der Duisburger Verwaltung und den Betroffenen vor Ort unabdingbar. Dabei war für beide Gesprächspartner klar, dass der deutsche Rechtsstaat mit seinen Gesetzen und Verordnungen jederzeit Geltung haben muss und auch von den EU-Ausländern uneingeschränkt zu akzeptieren ist. Insbesondere im Hinblick auf Wohnkonstellationen, die vorbei am Melderegister entstanden sind, und bei der Zunahme von Verkehrsdelikten unter Rumänen sehen die Gesprächspartner erhöhten Handlungsbedarf.

Gleichzeitig soll in Zukunft im Rahmen des vertieften Austausches den rumänischen EU-

Bürgern eine positive Perspektive aufgezeigt werden. Durch einen besseren Zugang zu Bildung, der sich notfalls auch in der polizeilichen Vollstreckung der Schulpflicht äußern kann, und die Einbindung von Positivbeispielen aus der Zivilgesellschaft muss deutlich gemacht werden, dass auch für sie Duisburg zu einer neuen Heimat werden kann.

Botschafter Hurezeanu und Abgeordneter Özdemir wollen den Austausch in Zukunft intensivieren und treffen sich dazu in der nächsten Zeit zu einem weiteren Arbeitsgespräch in Berlin. Für den Sommer hat der Duisburger Abgeordnete den Botschafter in den Wahlkreis zu einem Besuch eingeladen.

SPD-Abgeordnete fordern Stärkung des Ruhrgebietes

Duisburg, 02.02.18 – Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet erwarten von einer möglichen neuen Bundesregierung schnelles Handeln und eine deutliche Stärkung des Ruhrgebietes. Sollten die Koalitionsverhandlungen erfolgreich

sein und die SPD-Mitglieder dem Koalitionsvertrag zustimmen, müssten Themen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Strukturförderung und Entlastung der Kommunen entschieden angegangen werden. Das ist das Ergebnis eines Austauschs der

Ruhr-MdB mit dem Gelsenkirchener Oberbürgermeister und Sprecher der RuhrSPD, Frank Baranowski, am Freitagvormittag (02.02.18). Dazu erklären die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir:



„Wir freuen uns schon jetzt, dass unser jahrelanger Einsatz in Berlin nun offenbar Früchte trägt und der Bund 150.000 Langzeitarbeitslosen den Einstieg in einen sozialen Arbeitsmarkt ermöglichen will. Wir erwarten, dass bereits in diesem Jahr ein nennenswerter Anteil der Förderungen ins Ruhrgebiet fließt.“

Auch die Neuausrichtung der regionalen Wirtschaftsförderung muss zügig umgesetzt werden. Nach zwei Jahrzehnten Strukturförderung Ost soll es künftig

ein gesamtdeutsches Förder-system für strukturschwache Regionen geben. Wir werden sehr darauf achten, dass das Ruhrgebiet einen großen Anteil an Fördermitteln zur Unterstützung des Wirtschaftsstandorts erhält. Das Gleiche gilt für andere Programme der Städtebau- und Infrastrukturförderung.

Wir Ruhrgebietsabgeordneten haben immer betont, dass Regierungsbeteiligungen für uns einzig und allein davon abhängen, was wir für die Menschen vor Ort erreichen können. Es

bietet sich jetzt die Möglichkeit, ganz konkrete Fortschritte bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu machen.

Für uns Duisburger SPD-Abgeordnete ist zudem klar, dass wir eine Lösung für die Altschulden brauchen und zusätzliche finanzielle Belastungen nicht von den Städten getragen werden. Der Grundsatz muss endlich verbindlich gelten: Wer bestellt, bezahlt.“

Betriebliche Demokratie ist Eckpfeiler unserer Wirtschaftsordnung SPD-Bundestagsabgeordnete zu Gesprächen bei Thyssenkrupp in Duisburg



V.l.n.r.: Michael Gerdes, MdB, Parlamentsvizepräsident Thomas Oppermann, Mahmut Özdemir, MdB und Dirk Vöpel, MdB (Foto: privat)

Duisburg, 05.02.18 – Im November letzten Jahres hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag klar zum Stahlstandort Deutschland als wichtigem Bestandteil der deutschen Wirtschaft bekannt. Durch chinesische Überproduktion ist die deutsche Stahlindustrie zuletzt massiv unter Druck geraten. Mit dem staatlich subventionierten Billigstahl kann die einheimische Wirtschaft schwer konkurrieren. Auch Thyssenkrupp sieht sich gezwungen, fortan mit dem indischen Unternehmen Tata Steel zu kooperieren, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern.



Die SPD-Bundestagsfraktion und ihre Abgeordneten respektieren die unternehmerische Entscheidung, setzen sich aber entschieden für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Um sich einen fundierten Eindruck von den aktuellen Entwicklungen zu verschaffen, haben daher am heutigen Montag der Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann und die SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Gerdes, Dirk Vöpel und Mahmut Özdemir das Thyssenkrupp-Werk in Duisburg besucht. Neben Gesprächen mit dem Vorstand und dem Betriebsrat stand auch eine Besichtigung der Produktionsstraßen auf der Agenda.

Am heutigen Tag wird zudem das offizielle Ergebnis der Abstimmung der rund 20.000 Stahlkocher über den Tarifvertrag bei einem möglichen Joint Venture mit Tata Steel erwartet. Die SPD-Bundestagsabgeordneten haben bei ihrem Besuch auch gegenüber der Geschäftsleitung deutlich gemacht, dass trotz betriebswirtschaftlicher Sachzwänge das Schicksal der Belegschaft nicht vernachlässigt werden darf. Die erzielte Einigung zwischen der IG Metall und dem Thyssenkrupp-Vorstand zu neun Jahren Beschäftigungs- und Standortsicherheit ist in dieser Hinsicht eine wichtige Errungenschaft. Welche Entscheidung bezüglich der

Montanmitbestimmung der Belegschaft im Zuge des Wechsels der Konzernzentrale in die Niederlande getroffen wird, ist noch nicht abschließend geklärt. Hier steht die SPD geschlossen an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und wird die weiteren Entwicklungen genau beobachten. Denn am Ende des Tages geht es nicht nur um unternehmerische Entscheidungen und dem Streben nach Gewinn – jeder Abzug von Produktionsstätten ist auch stets mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden und darf nicht leichtfertig veranlasst werden.

Bas und Özdemir rufen zur Teilnahme bei „Jugend und Parlament“ auf

Duisburg, 26.02.18 - Das Planspiel „Jugend und Parlament“ bietet vom 23. bis 26. Juni 355 Jugendlichen (17-20 Jahre) in Berlin die Chance, die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages und den Weg der Gesetzgebung kennenzulernen. Die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas (Wahlkreis Duisburg I) und Mahmut Özdemir (Wahlkreis Duisburg II) können jeweils einen Jugendlichen aus ihrem Wahlkreis benennen

und rufen alle Interessierten zur Teilnahme auf.

„Bei diesem Planspiel können Jugendliche in die Rolle von uns Abgeordneten schlüpfen und an den Originalschauplätzen die politischen Prozesse erleben. Das ist eine tolle Chance, deshalb freuen wir uns über zahlreiche Bewerbungen aus unseren Wahlkreisen.“ Das Planspiel wird vom Besucherdienst des Deutschen Bundestages durch-

geführt. Die Jugendlichen arbeiten als Abgeordnete an vier fiktiven Gesetzentwürfen und debattieren die Entwürfe im Plenarsaal.

Die Kosten für Unterbringung, Verpflegung sowie An- und Abreise übernimmt der Deutsche Bundestag. Interessierte Jugendliche können sich direkt in den Wahlkreisbüros von Bärbel Bas (baerbel.bas.wk@bundestag.de) oder Mahmut Özdemir



Nr. 12 - April 2018

MEINE **MAchtMUT**



(mahmut.oezdemir@bundes-tag.de) mit einem kurzen Motivationsschreiben bewerben. Bewerbungsschluss ist der 20.

März 2018. Weitere Informationen finden Sie unter www.baerbelbas.de oder www.oezdemir-fuer-duisburg.de.

Tag der Logopädie 2018: Mahmut Özdemir besuchte logopädische Praxis in Duisburg-Homberg

Duisburg, 07.03.18 - Am vergangenen Dienstag, den 06. März 2018, besuchte der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir anlässlich des europäischen „Tages der Logopädie“ den neuen Standort der Therapiezentrum Wöstefeld Hilla GmbH in Duisburg-Homberg. In diesem Jahr firmierte der Aktionstag unter dem Motto: „Unterstützte Kommunikation – Auch wer nicht sprechen kann, hat viel zu sagen!“

Für Mahmut Özdemir war es ein persönliches Anliegen, die Bedeutung des Aktionstages zu würdigen: „Kommunikation und Sprache sind wichtige Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben. Logopädinnen und Logopäden leisten einen entscheidenden Beitrag dafür, dass Menschen mit angeborenen Beeinträchtigungen und erworbenen Schädigungen eine Brücke in die eigene Lautsprache ermöglicht wird. Ich bin sehr beeindruckt von den vielfältigen Therapiemöglichkeiten, die es in diesem Bereich gibt und möchte

mich herzlich bei den Beschäftigten für ihre wertvolle Arbeit bedanken.“

Seit 2004 informieren Logopädinnen und Logopäden in vielen europäischen Ländern an diesem Tag über ihre Arbeit, den der Europäische Dachverband der Nationalen Logopädenverbände (CPLOL) ins Leben gerufen hat. In diesem ist der Deutsche Bundesverband für Logopädie (dbl) Mitglied, in dem über 12.000 freiberufliche und angestellte Logopädinnen und Logopäden organisiert sind.

Equal Pay Day: Bas und Özdemir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Duisburg, 16.03.18 - Am 18. März ist Equal Pay Day, der die derzeitige Lohnlücke von 21% zwischen Frauen und Männern symbolisiert: Während Männer bereits ab 01.01. für ihre Arbeit bezahlt werden, arbeiten

Frauen quasi bis 18.03. umsonst für die gleiche bzw. gleichwertige Arbeit. Die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir sagen: „Wir werden uns auch in dieser Legislaturperiode

dafür einsetzen, dass die strukturellen Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern konsequent abgebaut werden.“

„Mit dem neuen Koalitionsvertrag werden wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen und jetzt



sehr schnell das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit auf den Weg bringen“ so Bärbel Bas.

Mahmut Özdemir betont: „Außerdem stärken wir die Tariflöhne in der Pflege, bauen finanzielle Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen ab und führen eine Grundrente ein. Das kommt vor allem den Frauen zugute.“

Mit der Einführung des Mindestlohns, dem Gesetz für Entgelt-

transparenz und der Frauenquote habe die SPD im Bundestag bereits wichtige Schritte hin zu mehr Entgeltgleichheit erreicht. Es gäbe aber nicht das eine Gesetz, das die Lohnlücke auf einen Schlag schließt.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss für Frauen und Männer uneingeschränkt gelten. Wir wollen, dass der Equal Pay Day in Zukunft auf den 01.01. fällt“, so Bas und Özdemir.

„Die SPD-Bundestagsfraktion beginnt schon jetzt die parlamentarische Arbeit und setzt die ersten Themen im Deutschen Bundestag. Neben Anträgen gegen die Aufweichung des Mindestlohns und für ein Verbot der Grünen Gentechnik haben wir heute einen für Duisburg wichtigen Antrag zur Rettung unserer Stahlstandorte beschlossen“, erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Özdemir bei Wirtschaft für Duisburg

SPD-Bundestagsabgeordneter erster Gast des neuen „Mercator-Treffs“



V.l.n.r.: Frank Wittig, Alexander Kranki (beide Wirtschaft für Duisburg), Wirtschaftsförderer Ralf Meurer, MdB Mahmut Özdemir, Wolfgang Schmitz und Matthias Heidmeier (beide Wirtschaft für Duisburg) (Foto: Unternehmerverband)

Duisburg, 20.03.18 – Bei der Auftaktveranstaltung des neuen „Mercator-Treffs“ haben Vertreter des Unternehmerverbandes Wirtschaft für Duisburg mit dem Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir die drängenden wirtschaftlichen Herausforderungen der Stadt diskutiert. Özdemir lobte vor rund 20 Unternehmen die Ideen des neuen Verbandes und sicherte eine gute Zusammenarbeit zu. „Mit Hilfe des Bundes können wir in Duisburg einiges auch für den Wirtschaftsstandort bewegen. Ich will dafür sorgen, dass die Stadt die Unterstützung bekommt, die sie benötigt“, erklärte Özdemir. Er verwies auf die vielfältigen Möglichkeiten,



Nr. 12 - April 2018

MEINE MACHtMUT



die der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD für Duisburg biete. So stünden zum Beispiel für die Bereiche Bildung und Städtebau erhebliche Finanzmittel zur Verfügung, die nun auch in Duisburg ankommen müssten.

Der Vorsitzende von Wirtschaft für Duisburg Alexander Kranki freute sich über den Rückenwind aus Berlin. „Ein ‚Weiter so‘ wird Duisburg nicht entscheidend helfen“, meint Kranki. Gemeinsam sollten Bund, Land und Kommunen an einem

Strang ziehen und Duisburg sowie dem gesamten Ruhrgebiet nun einen Wachstumsschub geben. Dafür sei die Ausgangslage so gut wie lange nicht, denn die Situation der öffentlichen Finanzen habe sich deutlich verbessert.

Mit dem neuen „Mercator-Treff“ will der Unternehmerverband Wirtschaft für Duisburg die Netzwerke in der Stadt stärken. „Wir wollen mit diesem Veranstaltungsformat Brücken zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bauen“, sagt der Geschäftsführer des Verbandes,

Matthias Heidmeier. Namensgeber Gerhard Mercator (1512 – 1594) war nicht nur ein herausragender Wissenschaftler, sondern auch ein erfolgreicher Unternehmer in Duisburg. Die nächste Mitgliederversammlung, die auch noch einmal für interessierte Unternehmen nach Anmeldung offen ist, findet am 19. April 2018, 15:00 Uhr, im HAUS DER UNTERNEHMER statt. Ansprechpartner ist Matthias Heidmeier (Tel.: 0203-99367225, E-Mail: heidmeier@unternehmerverband.org).



Özdemir on Tour

Eindrücke aus den Terminen des Abgeordneten Mahmut Özdemir, MdB



20.12.2017

SPD-Bundestagsabgeordnete des Ruhrgebiets zu Gast bei der WAZ in Essen.



08.01.2018

Mahmut Özdemir, MdB wird von Juso-Mitglied Eren (rechts) und seinen Mitschülerinnen für ein Schulprojekt in seinem Wahlkreisbüro interviewt.



15.01.2018

Mahmut Özdemir, MdB besucht gemeinsam mit der AG 60+ der SPD Homberg/Baerl das Heimatmuseum „Freundeskreis Historisches Homberg“.



16.01.2018

Sitzung der Ruhr-SPD-Abgeordneten in Berlin.



23.01.2018

Mahmut Özdemir, MdB bei einer Bürgerversammlung zur Großen Koalition in Duisburg-Duisern.



23.01.2018

Mahmut Özdemir, MdB und lokale Vertreterinnen und Vertreter zu Gesprächen im Duisburger Delfinarium.



31.01.2018

Konstituierung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages.

Foto v.l.n.r: MdB Dagmar Freitag, MdB Detlev Pilger, MdB Cansel Kiziltepe und MdB Mahmut Özdemir



10.02.2018

Bärbel Bas, MdB und Mahmut Özdemir, MdB bei einem Heimspiel des MSV Duisburg.



12.02.2018

Ratsfrau Martina Stecker (l.) und Mahmut Özdemir, MdB beim Prinzenfrühstück mit den Duisburger Jecken im Rathaus.



14.02.2018

Bewerberinnen und Bewerber für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm 2018/2019 des Deutschen Bundestages mit dem glücklichen Gewinner Moritz (Dritter von r.).



16.02.2018

Mahmut Özdemir, MdB unterstützt den öffentlichen Bücherschrank der Bürgerstiftung Duisburg am Hamborner Altmarkt mit einer Bücherspende.



22.02.2018

Mahmut Özdemir, MdB (l.) und Dieter Janecek, MdB (Mitte) im Interview mit dem Magazin 11 Freunde in Berlin.



28.02.2018

Mahmut Özdemir, MdB als Podiumsreferent bei der Veranstaltung 'NEU denken - Zukunftsarena Politik und Industrie' des Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V. in Berlin.



24.03.2018

Mahmut Özdemir, MdB bei der Veranstaltung „Boxen gegen Rassismus“, ehrenamtlich organisiert u.a. von Seyit Cakir (l.), Betriebsratler bei der RAG.



27.03.2018

Mahmut Özdemir, MdB unterstützt die Liste der IG Metall bei der Betriebsratswahl von Thyssenkrupp.



04.04.2018

Mahmut Özdemir, MdB begrüßt seine Besuchergruppe aus Duisburg in Berlin.



Mahmut Özdemir, MdB im April 2018 mit seinen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BPA-Fahrt auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude.

Politische Bildungsfahrt nach Berlin im April 2018

von Marcel Keilwerth, persönlicher Referent im Duisburger Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir, MdB

Mehrmals im Jahr erhalten Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit, politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus ihrem Wahlkreis einen Einblick in ihre Arbeit im Bundestag zu geben.

Die erste politische Bildungsfahrt nach der turbulenten Regierungsbildung hat auch diesmal wieder 50 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Duisburg nach Berlin geführt. Nach der langen Phase des Übergangs hat der politische Alltag unsere Hauptstadt eingeholt und es gab wieder viel Spannendes zu sehen.

Am Tag der Anreise ging es für die Duisburger Gruppe auch gleich zu einem Informationsgespräch zum Thema „Erneuerungsprozess der SPD“ in die

sozialdemokratische Parteizentrale, das Willy-Brandt-Haus.

Der darauffolgende Morgen hielt eine Stadtrundfahrt auf den historischen Spuren Berlins für die Besucher bereit, bevor es am Nachmittag zum Gespräch mit Mahmut Özdemir in den SPD-Fraktionsvorstandssaal und auf die Kuppel des Deutschen Bundestages ging. Den Abschluss des Tages bildete dann eine Führung durch das Bundeskanzleramt.

Wer sich für geheimdienstliche Themen interessierte, kam beim

Besuch des Bundesnachrichtendienstes am Folgetag auf seine Kosten. Auch einen Ausflug ins internationale Ausland stand mit dem Informationsgespräch im Auswärtigen Amt auf dem Programm.

Der letzte Tagespunkt während des Aufenthalts führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Dauerausstellung „Alltag in der DDR“ des Kulturbrauereimuseums in Berlin-Prenzlauer Berg, bevor es mit gepackten Koffern wieder zurück in die Heimat Duisburg ging.